



AUSGABE 08/2022 – 14. OKTOBER

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



GÜNTER RUDOLPH

Fraktionsvorsitzender

in der zurückliegenden Plenarwoche des Hessischen Landtags war die Breite der Themen wieder enorm: Vom Landeshaushalt für die Jahre 2023 und 2024, den der Finanzminister eingebracht hat, über den Zustand der hessischen Justiz, zu dem der Justizminister eine Regierungserklärung abgegeben hat, bis zum Wahlrecht ab 16 bei Kommunalwahlen, das wir nachdrücklich fordern.

Während die demokratischen Parteien im Hessischen Landtag im Widerstreit der politischen Konzepte auf den intensiven (bisweilen auch emotionalen), aber immer an der Sache orientierten Austausch von Fakten und Argumenten setzen, haben sich die Rechtspopulisten von der AfD in dieser Woche entschieden anders als jemals zuvor aus der konstruktiven Parlamentsarbeit verabschiedet. Mehrfach mussten wir im Schulterschluss der Demokraten Versuche der AfD kontern, den Hessischen Landtag zur Bühne für ihre spalterische Agenda zu machen.

Je näher die Landtagswahl rückt, umso deutlicher wird, dass die AfD eine rechtspopulistische Gruppierung ist, deren Ziel es ist, mit Hass und Hetze die Grundfesten unseres Gemeinwesens zu unterminieren, die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats zu schwächen und das parlamentarische System verächtlich zu machen. Am rechten Rand wird versucht, die Sorgen und Nöte der Menschen in der Krise auszunutzen und zu instrumentalisieren, um eine zerstörerische politische Agenda umzusetzen.

Die angebliche Alternative, die die AfD anbietet, existiert nicht. Denn zum freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat gibt es keine menschenwürdige Alternative. Wir Sozialdemokraten wissen das seit 155 Jahren und handeln konsequent danach – in den Parlamenten, aber auch im Alltag.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Günter Rudolph



BANKROTTERKLÄRUNG DES RECHTSSTAATS

REGIERUNGSERKLÄRUNG



Zum ersten Mal seit fünf Jahren hat ein Justizminister eine Regierungserklärung vor dem Hessischen Landtag abgegeben. „Das zeigt den niedrigen Stellenwert der Justiz bei Schwarzgrün. Und es zeigt, wie konsequent sich die frühere Amtsinhaberin vor den Problemen weggeduckt hat“, kritisiert Gerald Kummer, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Die Sparmaßnahmen, die die Landes-

regierung der Justiz in der Vergangenheit auferlegt hat, haben ihre Spuren hinterlassen. Die entstandenen Missstände wurden durch die Landesregierung jahrelang ignoriert“. so Kummer. Die hessische Justiz funktioniere nur noch eingeschränkt, Beschäftigte litten an gesundheitlichen Schäden aufgrund von Überlastung am Arbeitsplatz und Bürgerinnen und Bürger hätten Vertrauen in den Rechtsstaat verloren. „Justizminister Poseck hat in seiner Funktion als Präsident des Oberlandesgerichts von einer ‚Bankrotterklärung des Rechtsstaats‘ gesprochen, falls es zur Aufhebung von Haftbefehlen kommen sollte. Und sogar dieser unsägliche Umstand ist eingetreten. Die hessische Justiz – unter Schwarzgrün wurde bankrott ge-

spart.“ Kummer kritisierte, dass die Landesregierung zunächst mit einem Personalabbauprogramm das Fundament des Rechtsstaates angegriffen habe und nun in hohen Tönen einen Pakt für den Rechtsstaat beschwöre, der nichts Anderes sei, als ein Personalaufbauprogramm. „Jahrelang wurden die Hilferufe aus der Justiz überhört, jahrelang wurden unsere Haushaltsanträge für mehr Personal in der Justiz von Schwarzgrün abgelehnt. Für ihr spätes Umdenken dürfen Sie nun kein Lob erwarten, Herr Justizminister. Sie räumen nur auf, was ihre Partei selbst zerstört hat“, so Kummer. Das nun vorgestellte Personalaufbauprogramm könne daher nur ein Anfang sein. Daneben gelte es nun vor allem bei der Digitalisierung der Justiz schleunigst Verlorenes aufzuholen.

BILDUNGSCHANCEN IN GEFAHR

„Gute Bildung und Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler können nur durch gute Arbeitsbedingungen an Schulen und in der Bildungsverwaltung erreicht werden“, betont Nina Heidt-Sommer, Grundschullehrerin und Landtagsabgeordnete der SPD-Fraktion. Die Bildungspolitikerin sieht dringenden Handlungsbedarf an Hessens Schulen: „Viele Lehrkräfte arbeiten heute am und oft über ihrem Limit, weil ihre Aufgaben in den letzten Jahrzehnten massiv zugenommen haben. Schulleitungen ächzen unter dem gestiegenen bürokratischen Aufwand durch Konzepte, Beratung und Kooperationen.“ Seit Jahrzehnten würden Stundendeputate weitestgehend

unverändert angesetzt. Immer mehr Lehrkräfte litten psychisch darunter, dass sie die sich selbst auferlegten Qualitätsstandards nicht halten könnten, viele würden krank und fielen aus. „Diese Form der Selbstausbeutung nimmt Schwarzgrün billigend in Kauf“, kritisiert Heidt-Sommer. „Wir als SPD-Fraktion wissen, dass die Beschäftigten unzufrieden sind und sich drei Dinge wünschen: Entlastung, Wertschätzung und angemessene Bezahlung.“ Nichts davon jedoch interessiere Schwarzgrün. Statt Daten zu erfassen, werde die Öffentlichkeit mit laufend neuen Stellenrekorden geblendet, die die Aufgabenzuwächse an Schulen angeblich kompensieren sollen. „Wir



fordern, dass in einer breit angelegten Arbeitszeitstudie endlich einmal die tatsächlichen Arbeitszeiten und Belastungen erhoben, Deputate und die Besoldung auf A13 für Lehrkräfte an Grundschulen angepasst werden. Ein deutlicher Studienplatzaufwuchs und eine bessere Betreuung der Studierenden ist dringend notwendig.“

WIR BRAUCHEN EINEN PLAN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



„Statt einen verlässlichen ÖPNV auch im ländlichen Raum zu schaffen, feiert sich die Landesregierung für die Anschaffung von 25 neuen E-Bürgerbussen, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern“, kritisiert Karina Fissmann, MdL für den Wahlkreis Rotenburg. Das Ehrenamt sei nicht der Lückenbüßer für eine schwarzgrüne Landesentwicklung, die ganze Teile unseres Bundeslandes abhängt. Wer den ländlichen Raum fördern wolle, müsse Kommunen finanziell besser ausstatten. Für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land benötige man eine bessere finanzielle Ausstattung der Feuerwehren, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung und eine wohnortnahe Berufsschulausbildung. „Die Straßenausbaubeiträge müssen abgeschafft werden, Behörden und Bildungseinrichtungen in den ländlichen Raum verlagert sowie Investitionen in Krankenhäuser vorgenommen und attraktiven Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen geschaffen werden. Lassen Sie Stadt und Land nicht weiter auseinanderdriften, auch um politische Stabilität zu gewährleisten. Wir brauchen einen echten Plan für den ländlichen Raum“, so Fissmann.

GEMEINSAMES HANDELN VON BUND UND LÄNDERN

„Auch die Regierung in Hessen muss einen substanziellen Beitrag zur Bewältigung der Energiekrise leisten“, fordert Günter Rudolph, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion, in einer Aktuellen Stunde zum so genannten Inflationsausgleichsgesetz (InflAusG). Das Gesetz ist Teil des dritten Entlastungspaketes des Bundes. „Natürlich kann dieses Gesetz der Bundesregierung nicht den Verlust an Kaufkraft ausgleichen, den jeder von uns derzeit spürt. Wesentlich ist, dass mit dem Gesetz vor allem Familien mit Kindern entlastet werden, denen die Inflation besonders hart zusetzt.“ Aus seiner Sicht, so Rudolph, müssten zur Gegenfinanzierung die hohen Zufallsgewinne, die bei manchen Unternehmen anfielen, steuerlich abgeschöpft werden. Er sehe nicht nur den Bund, sondern auch die Länder in der Pflicht, zur Linderung der Krisensymptome beizutragen.



KRANKENHÄUSER IN NOT

„Der finanzielle Druck in den Krankenhäusern ist riesig“, sagte Dr. Daniela Sommer, parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion. Sie erinnerte daran, dass das Land die Investitionen seit über 20 Jah-



ren vernachlässigt und auch der Zuschuss für 2023 und 2024 die dadurch entstandene Lücke nicht schließen werde. Die fehlenden Investitionen hätten negative Konsequenzen für das Personal: Hoher Arbeitsdruck, fehlende Erholung und die fehlende Wertschätzung. „Um Qualität und Wohnortnähe für Patienten und gute und sichere Arbeitsplätze für Beschäftigte zu schaffen, braucht es zwingend gute Rahmenbedingungen und angemessene Investitionen. Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung liegt in der Verantwortung der Landesregierung. Nehmen Sie ihre Verantwortung wahr und erhöhen Sie die Investitionen“, sagte Sommer.

AUFNAHMEPROGRAMM FÜR GEFLÜCHTETE IST ÜBERFÄLLIG

Nach dem Abzug internationaler Truppen haben die Taliban wieder die Macht in Afghanistan übernommen. Heike Hofmann, innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Tausende Menschen sind auf der Flucht. Gerade Frauen und Mädchen werden in weitreichenden Freiheits- und Persönlichkeitsrechten eingeschränkt. Wir fordern daher bereits seit langem ein eigenes hessisches Landesaufnahmeprogramm - bisher jedoch erfolglos. Wir bedauern, dass die Landesregierung nicht schon früher willens war, aus reiner Menschlichkeit die bestehenden Möglichkeiten zur Aufnahme Geflüchteter aus Afghanistan zu nutzen und hoffen nun auf eine schnelle Umsetzung.“



GRÜNE STIMMEN GEGEN DIE JUGEND

KEIN WAHLRECHT AB 16



CDU und Grüne haben den Gesetzesentwurf der SPD für ein Wahlrecht ab 16 bei Kommunalwahlen abgelehnt. Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Hofmann, sagte dazu: „Schwarzgrün hat deutlich gemacht, dass sie eine echte politische Beteiligung von jungen Menschen nicht wollen. Da hilft es auch nicht, dass die

Fraktion der Grünen wiederkehrend betont, dass man zwar für eine Herabsetzung des Wahlalters sei, sich aber im Koalitionsvertrag darauf nicht habe verständigen können. Wir als SPD-Fraktion möchten deshalb noch einmal betonen: Wir wollen, dass junge Menschen ihre Zukunft selbst mitgestalten können. Das

Wahlrecht ist das bedeutendste und vornehmste Recht, um demokratische Legitimation zu erzielen und selbst aktiv mitbestimmen zu können. Die heutige Entscheidung der Mehrheitsfraktionen gegen die Herabsetzung ist daher aus unserer Sicht ein Misstrauensvotum gegen die jungen Wählerinnen und Wähler.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG STÄRKEN



„Sprache stellt die Weichen für eine erfolgreiche Bildung“, betonte Karin Hartmann.

Die Finanzierung guter Bildung, Betreuung und Erziehung in Kitas sei jedoch bereits jetzt in vielen Städten und kleinen Gemeinden nur schwer zu stemmen. „Es fehlen Erzieherinnen, Erzieher und sonstigen Fachkräfte, um dem Bildungsanspruch Rechnung tragen zu können. Wir brauchen grundsätzlich eine Ausbildungsvergütung und Abschaffung des Schulgelds. Auch der Quereinstieg muss attraktiver durch eine praxisintegrierte und vergütete Ausbildung attraktiver werden.“

LEERE VERSPRECHUNGEN UND GROSSE ENTTÄUSCHUNGEN

HAUSHALTSENTWURF



„Der Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2023 und 2024 wird weder den aktuellen massiven politischen Herausforderungen gerecht, noch ist es eine Vorsorge für die Zukunft“, kritisiert

Marius Weiß, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Was wir brauchen ist ein energisches, konsequentes und schnelles Handeln der politisch Verantwortlichen in dieser Krise. Das muss auch im Haushalt abgebildet sein.“ Obwohl für das kommende Jahr 2,4 Milliarden Steuereinnahmen mehr erwartet würden

als in diesem Jahr plane der Finanzminister für 2024 immerhin 190 Millionen Euro aus der Rücklage zu entnehmen, die damit fast aufgebraucht sei. „Minister Boddenberg übergibt der Nachfolgeregierung

eine leere Kasse. Wer so agiert, der geht ganz offensichtlich davon aus, dass er mit der Aufstellung des Haushalts 2025 nichts mehr zu tun hat.“ Abgebildete Stellenaufwüchse etwa im Bildungsbereich seien unrealistisch, da der Mangel an Fachkräften es unmöglich mache, diese auch zu besetzen. Für die Mobilitätswende für Hessen stelle das Land weiterhin nur lächerliche 3 Prozent seiner Mittel bereit und bleibe damit weiter auf der Bremse stehen. „Dieser Haushalt entspricht nicht der Leistungsfähigkeit unseres starken Landes. Und er zeigt einmal mehr, dass Schwarzgrün Hessen unter Wert regiert“, resümiert Weiß.

SCHWARZGRÜN GIBT 1,5-GRAD-ZIEL AUF

In der Plenardebatte zum Hessischen Klimaschutzgesetz sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Gernot Grumbach: „Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf ist eine abgeschwächte Kopie des Entwurfs, den wir als SPD-Fraktion schon vor längerer Zeit eingebracht haben. Besonders tragisch ist, dass das zentrale 1,5-Grad-Ziel bereits halb aufgegeben scheint. Dabei hat die Landesregierung insbesondere die soziale Dimension nicht ausreichend im Blick.“ Eine gezielte Kontrolle der Maßnahmen sei ebenfalls nicht geplant. Insgesamt nehme der Gesetzentwurf zahlreiche Bereiche gar nicht in den Blick: „Verkehr, Landwirtschaft, Unternehmen – all diese



Sektoren werden nicht abgebildet. Besonders bedenklich ist, dass bei all dem das Parlament außen vor bleibt. Die Zielbestimmung innerhalb der einzelnen Sektoren sowie der Klimaplan werden nur von der Regierung verabschiedet. Jedoch gehören sie ins Parlament. Anders als im Gesetzentwurf der SPD-Fraktion ist zudem eine institutionelle Beteiligungsstruktur nicht geplant. Wir wollten Kommunen, Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltorganisationen aktiv beteiligen. Das findet mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nunmehr nicht statt. Es bleibt unter dem Strich alles, wie es ist – und das ist angesichts der Größe der anstehenden Probleme schlicht zu wenig.“

ANSPRUCH AUF BILDUNGSURLAUB

In der Debatte über die Änderung des Hessischen Gesetzes über den Anspruch auf Bildungsurlaub sagte Turgut Yüksel, Mitglied im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss:



„Es muss weiter das Ziel hessischer Politik sein, die Anzahl der Menschen zu erhöhen, die Bildungsurlaub in Anspruch nehmen. Bedauerlicherweise scheitert eine Beantragung der Arbeitnehmer häufig an Unwissenheit oder der Angst vor Negativkonsequenzen am Arbeitsplatz. Zum Ausbau der Teilnehmer an Bildungsurlauben braucht es eine finanzielle Förderung der Träger, damit diese auch inklusive Angebote entwickeln oder Kinderbetreuung anbieten können.“ Die Corona-Pandemie habe gezeigt, dass die Träger die Möglichkeit erhalten sollten, digitale Bildungsurlaube durchzuführen. „Dort, wo es Sinn ergibt, sollten digitale Angebote eine Ergänzung des bestehenden Programms werden.“

FRAKTIONSÜBERGREIFENDE SOLIDARITÄT

**FRAUEN.
LEBEN.
FREIHEIT.**

Der Hessische Landtag hat sich in einem fraktionsübergreifenden Beschluss mit den Protestierenden im Iran solidarisiert. Die Fraktionen von SPD, FDP, CDU und

Grünen verurteilten die staatliche Gewalt des Regimes im Iran gegen die eigene Bevölkerung. Darüber hinaus forderte die SPD-Fraktion einen sofortigen Stopp von Abschiebungen in den Iran „Denn mehr als hundert Menschen sind seit dem Beginn der Proteste im Iran durch staatliche Gewalt zu Tode gekommen, mehr als 1.000 wurden wahllos verhaftet. Der Hessische Landtag sendet heute ein deutliches Signal an die Protestierenden, denen wir zurufen: Wir sehen, was mit Euch geschieht – und wir stehen an Eurer Seite“, betonte der SPD-Abgeordnete Oliver Ulloth.

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Cord Wilke,
Martina Häußl-David,
Luisa Neurath,
Christina Schäfer.

BILDER:

Angelika Aschenbach, Christof Mattes.